



EP / Mutterschutz

Brüssel, 16. April 2009

Lissy GRÖNER:

"Wir – Mütter und Väter – tragen gemeinsam Verantwortung!" Europäisches Parlament nimmt erste Hürde für besseren Mutterschutz

Heute hat der Frauenausschuss mit einer klaren Mehrheit (18:6) den Bericht zur Überarbeitung der Mutterschutzrichtlinie in erster Lesung angenommen.

"Damit ist das Europäische Parlament wieder einmal mit sozialdemokratischer Handschrift der Motor für mehr Gleichstellung in Europa", bekräftigte **Lissy GRÖNER**, frauenpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, das Abstimmungsergebnis.

Der Frauenausschuss geht über den Kommissionsentwurf hinaus. Er fordert eine Ausweitung des Mutterschutzes von 14 Wochen auf 20 Wochen und liegt somit zwei Wochen über dem Vorschlag der EU-Kommission. Davon sind obligatorisch zwei Wochen für die Väter reserviert. Die Einbeziehung von gleichgeschlechtlichen PartnerInnen soll zudem in der europäischen Rahmenrichtlinie neu verankert werden und kommt damit einer gesellschaftlichen Realität nach.

"Besonders wichtig für uns SozialdemokratInnen ist, dass verstärkt die Väter in Familienverantwortung einbezogen werden. Wir unterstützen damit die Voraussetzungen für eine ausgewogene Teilhabe von Männern und Frauen am Berufs- und Familienleben", betonte die Europaparlamentarierin. Daher müsse der Vaterschaftsurlaub verbindlich werden, auch um Benachteiligungen von Frauen gegenüber Arbeitgebern zu entgegnen. "Es ist wichtig, dem Arbeitsmarkt ein klares Signal zu geben: Auch Männer, wenn sie Väter werden, stehen dem Arbeitgeber kurzfristig nicht zur Verfügung", erklärte **Lissy GRÖNER**.

Dem Argument der Arbeitgeber, dass mit der überarbeiteten Richtlinie in Zeiten der Krise die Kosten untragbar seien, entgegnet sie: "Kein Arbeitgeber wird zusätzlich belastet, da im Umlageverfahren die Kosten zu 100 % erstattet werden." Trotzdem stimmten Konservative und Liberale, besonders aus Deutschland, im Ausschuss gegen die Verbesserung des Mutterschutzes.

GRÖNER kritisierte, dass Deutschland mit seiner geltenden Mutterschutzregelung zusammen mit Malta das Schlusslicht der EU-27 sei. Sie begrüßte ausdrücklich das Ziel den Mutterschutz nun auch auf Selbständige und mitarbeitende Ehefrauen bzw. Lebenspartnerinnen auszudehnen.

Hintergrund:

Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Richtlinie 92/85/EWG zielt darauf ab, die Sicherheit und den Gesundheitsschutz von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen zu verbessern. Diese Gesetzesinitiative ist Teil des "Pakets zur Förderung der Vereinbarkeit" der Kommission.

Weitere Informationen zum Thema im Büro Lissy Gröner: Tel: 0032 2 2845412

PRESSMITTEILUNG